

Volksstimme



Die Zeitung

10 Pfennig

Gegehrtheit

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ulstein: Chefredakteur Georg Brandt, Verwalter.
Redakteur (im Auss. Handelt.) Carl Meiß, Berlin Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs (A 7) 3600-3603
An den Fernverkehr Amt Dönhofs 3608-3609. Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 600.

Riesenerplosion in Spezia

Panik der Bevölkerung

Nachrichtendienst der „Volksstimme“

am 4. August

In später Nachtstunden verbreitete sich in Rom das Gerücht, daß in dem Hafen von Spezia eine riesige Explosion in die Luft entzündet hätte. Die Tatsachenfolge ergab sich jedoch als eine harmlose Explosion eines Gasbehälters. Die Explosion wurde durch einen Defekt an einer Gasleitung verursacht. Die Explosion wurde durch einen Defekt an einer Gasleitung verursacht. Die Explosion wurde durch einen Defekt an einer Gasleitung verursacht.

In der Nähe der Stadt befinden sich große Petroleum-Lager, die durch Selbstentzündung Feuer fingen und explodierten. Das Feuer verbreitete sich mit Riesengeschwindigkeit und griff auch die umliegenden Gebäude an.

Explosion von Spezia über. Die aufeinander folgenden Explosionen riefen an der Bevölkerung panikartige Verwirrung hervor, besonders aber in dem an den Petroleum-Lager anschließenden Viertel, wo fast sämtliche Häuser geräumt werden mußten.

Die amtliche Stefani-Agentur hat bisher über diese Explosionen noch kein Communiqué ausgegeben.

* Genau, 4. August

Nach einer späteren Meldung ist infolge der Explosionskatastrophe die Stadt Spezia in Brand geraten. Die Rettungsgesellschaften gefahren sich wegen der gewaltigen Ausdehnung des Feuers sehr schwer. Die Rettungsgesellschaften gefahren sich wegen der gewaltigen Ausdehnung des Feuers sehr schwer. Die Rettungsgesellschaften gefahren sich wegen der gewaltigen Ausdehnung des Feuers sehr schwer.

Ein indischer Herrscher in Berlin

von Alice Schalek

In Berlin weilt derzeit der Fürst von Bolanpur. Er kommt aus London von einem Fürstentum, der die Maßnahmen beraten hat, die Indien für den Fall der Unabhängigkeit in Betracht ziehen treffen müssen. Die Fürstentümer sind schon im vorigen Jahre zusammengefasst und sind nach einer heiligen Organisation des Maharadschas von Patiala zu einer Fürstentümer zusammengefasst, in deren Zusammensetzung allerdings mächtige Herrscher, wie beispielsweise die von Hyderabad, Mysore, Berar und Uttarpradesch. Das es in Indien fünfundsiebzig Fürsten gibt, unter denen natürlich manche nicht viel mehr als Dorfverwalter oder Grundbesitzer, die aber alle gleichwertige Stimmen haben noch Zweifel gelöst, nur die Fürstentümer der Fürstentümer sind zu lassen. Da die Fürstentümer den besten englischen Rechtsmann Sir Leslie Scott nach Indien beauftragt hat, um die neuen Verträge der Fürstentümer mit der englischen Krone auszuhandeln, und ihm zweihundert Pfund im Jahre geben mußte, bemühte er sich, die großen Fürsten dazu zu gewinnen, teilweise wegen der Kosten und teilweise, weil sie mit deren Namen die Freizügigkeit wollten. Außerdem hat die englische Regierung die sogenannte Butler-Kommission nach Indien geschickt, um die Fürstentümer der Fürstentümer zu untersuchen, und der Fürstentümer in London sollte nach unbilligen Beschuldigungen führen. Unser indischer Gast hat daher mancherlei interessante Erlebnisse hinter sich.

Bolanpur, das Reich dieses Fürsten, liegt auf der Strecke der Bombay-Panjab-Eisenbahn, zwischen Bombay und Delhi, und ist ein kleiner Staat von zwei Millionen Einwohnern. Die Staatseinkünfte betragen ungefähr eineinhalb Millionen Rupees. Obwohl der Fürst der Fürstentümer ist und die Fürstentümer nur ein Fürstentum der Fürstentümer ausmacht, ist doch das Fürstentum maharadschlich, was in Indien häufig vorkommt. Ungeachtet kann wieder in einem hauptsächlich von Mahomedanern bewohnten Staat, wie beispielsweise in Rußland, eine Hindu-Mehrheit herrschen. Auch das Fürstentum dieses Fürsten hat eine traditionelle Gegnerheit zwischen den Hindus und den Mahomedanern in den Fürstentümern niemals zu durchbrechen lassen, wie es in Britisch-Indien nur so oft vorkommt. Die Fürsten erklären dies dadurch, daß sie im intimen Zusammenleben mit einer verhältnismäßig kleinen Hindu-Mehrheit persönlich auf die Intransigenz einwirken können, was die bürokratische englische Regierung in ihrem rassistischen Herrschaftsbereich natürlich nicht kann.

Die mahomedanischen Fürsten in Indien tragen nicht den für uns gewöhnlichen Titel Maharadscha, sondern den in unsern Sprachgebrauch übergegangenen „Rajah“, vielmehr richtig geschrieben und ausgesprochen „Rajah“. Dies Wort bedeutet aber keineswegs Heiligtum, sondern Herrschaftsbereich und hat den Sinn, den wir ihm unterlegen, aus welcher Dialektform es auch immer. Der Fürst von Bolanpur heißt K. C. L. E. K. C. V. O. (dies der Name der ihm verliehenen Orden) ist nicht nur völlig verschieden von den meisten indischen indischen Fürsten, sondern auch von unserer Kaiserlich-Königlichen. Dieser Herrscher bereitet selbst die Demonstration in seinem Lande vor und empfangt in seinem Palaste jeden Besucher oder Bittsteller, was immer er sei, ohne vorherige Anwesenheit im Lande zu verlangen. Er hat sein Land und sich selbst sehr sorgfältig und gegen Verwundung einsetzt und durch Nationalität der Arbeit in seinem eigenen Haushalt ständig die Zahl seiner Diener verringert.

Als ich im März als Gast in seinem Palaste weilte, habe ich in seinem Hofe eine glanzvolle Prozession mitgemacht, zur Feier des 28. des letzten Tages der vierzigstägigen Fastenzeit Ramadan. Es war ein unbeschreiblich heiterer Tag, und der Fürst mußte nach großer Aufmerksamkeit mit den lebendigen Diamanten und Juwelen geschmückt durch die offene Sonne reiten, und all dies, sowohl die Aufmerksamkeit wie das Anlegen der Juwelen und das Reiten durch die Sonne lotete ihm kein geringes Opfer, denn er mußte diesen ganzen orientalischen Ritt durch die Sonne reiten, und er mußte den Traditionen vorläufig noch gehorchen und können nicht anders als sich dem zu fügen. Die Traditionen vorläufig noch gehorchen und können nicht anders als sich dem zu fügen.

Man merkt, er hat noch, daß dieser mahomedanische Aufstieg in einer Stadt der Hindus zur Anlaufbahn Aufstiegs von Juchanan einestweil Widerspruch erweckt, sondern daß er von allen auf dem Wege aufgehalten werden können, von denen ich mich jedes mal verabschiedet habe, und der Fürst mußte die Frage, ob auch er dieses Jahr lang dabei sein will, beantwortet der Fürstentümer während dieser ganzen Zeit nur Sonnenaufgang und nach Sonnenuntergang Abgang zu sich

Polnisch-Danziger Einigung

Drei Abkommen unterzeichnet

Nachrichtendienst der „Volksstimme“

am 4. August

Der neuen, auf eine Verständigung mit Polen gerichteten Danziger Regierung ist es jetzt nach langwierigen Verhandlungen gelungen, in drei bei wichtigsten Danzig-polnischen Streitigkeiten, die schon seit Jahren dem Verkehr anhängig sind, ohne daß es erfolgt werden konnte, eine Verständigung zu erzielen. Dies sind die Frage der Wasserstraßen, des sogenannten Port d'Attache, und des durchgerechneten Tarifes.

In dem alten Streit um die Wasserstraßen hat sich Polen jetzt bereitgefunden, das neuerrichtete Kanalwerk in der Wasserstraße dem Seefahrtsweg zur wirtschaftlichen Benutzung zur Verfügung zu stellen, und zwar bereit, daß der Seefahrtsweg genau wie in dem anderen Teil des Hafens die Gebühren erhöht, die Hafenanlagen vergrößert und die Wasserstraßen erweitert. Die Wasserstraße selbst, auf der sich das Kanalwerk befindet, bleibt nach wie vor gesperrt. Doch ist die Erleichterung der Ueberwindung des Hindernisses zwischen dem Kanalwerk und dem Hafen im Sinne Danzigs gleich, wenn als dem Seefahrtsweg ein neues, einmündiges Kanalwerk das Recht gegeben worden ist, die Wasserstraße zu betreten. Auch in der Frage des Hafens ist eine dem Danziger Standpunkt gerecht werdende Vereinbarung getroffen worden.

Das Abkommen, das zweifelslos einen großen Erfolg der neuen Danziger Regierung darstellt, hat nicht unbilligen Charakter. Es kann nur beiden Teilen mit sofortiger Wirkung gegünstigt werden.

In der Frage des Anlegens, die den Verkehr nach im vergangenen Jahre beschädigt hat, hatten sich beide Parteien dahin geeinigt, daß das bereits bestehende privatrechtliche Abkommen vom 1. 10. 1921 bis 1. 7. 1921 verlängert wird. Danzig steht somit seine im Juni vergangenen Jahres erfolgte Kündigung des Protokolls vom 1921 zurück. Bei der Vereinbarung wird jedoch ausdrücklich erklärt, daß durch die Verlängerung des Protokolls der Rechtszustand der beiden Parteien in der Frage des Port d'Attache in keiner Weise berührt wird.

Für die Danziger Wirtschaft ist die Vereinbarung in der Frage des durchgerechneten Tarifes von allergrößter Wichtigkeit. Was der vorhergehenden Regierung in letzter Zeit nicht gelang ist, konnte die neue Danziger Regierung in knapp fünf Monaten erreichen. Während bisher auf der Danziger Seite noch der deutsche Tarif galt, wird nach dem jetzt getroffenen Abkommen vom 1. November 1928 ab der polnische Tarif auf der Danziger Seite eingeführt werden. Eine sofortige Einführung des durchgerechneten Tarifes war aus technischen Gründen nicht möglich. Danzig hat sich auf der anderen Seite verpflichtet, dem 1. 11. ab in Danzig eine mit der polnischen Tarifordnung übereinstimmende Verordnung einzuführen. Änderungen der polnischen Tarifordnung sollen in Zukunft in Danzig jedoch nur dann in Kraft treten, wenn die Veränderungen mit den Grundgesetzen des öffentlichen oder privaten Rechts in Danzig übereinstimmen. Es wird in der Vereinbarung ausdrücklich bestimmt, daß die erteilten Gebühren von Danzig erhoben werden.

Die drei Abkommen sind heute normiert von den beiden Parteien in Danzig unterzeichnet worden.

Herriots Echo

Die schöne und wirksame Geste, die der französische Minister Herriot mit seinem kolonialen Besuch machte, hat in Frankreich die erwartete innerpolitische Diskussion hervorgerufen.

Herriot ist der Führer der Radikalen. Mit ihm geht das Volk des Südens. Mit ihm fühlen die Bauern und Arbeiter der Provence und der Gascogne, der Gironde und der Bourgogne. Sie lieben den Frieden und sie lieben die Kolonien, die ihnen die reichsten Mann, der im Aufstehen und Weisen etwas hat, was an Friedrich Ebert erinnert.

Herriot hat sich in Köln wohlgefühlt und hat aus dieser Stimmung heraus und im Bewußtsein, Verständnis zu finden, sich warm und herzlich geäußert. Die freundlichen Begrüßungsworte des Oberbürgermeisters Dennauer und des Ministers Auler, die über die Münze erwidert und hat auch mit besonderer Freude die spontanen Willkommen der weltfremden Arbeiter, die ihn auf den Straßen teilnehmend entgegenkommen und applaudieren. So entstand ein schöner Zusammenklang, dem bei alle Geringfügigkeit und die fehlende Bedeutung der Rede einer inneren unerschütterlichen Rahmen folgt.

Herriot ist nicht als Privatmann nach Köln gekommen, sondern im Auftrag des Kabinetts Boinard. Er betonte im Gespräch, daß kein einziger seiner Ministerkollegen einer ähnlichen Verhandlung mit Deutschland Abneigung entgegenbringe. Für seine eigene Person ver-

stärkte er den unerschütterlichen Eifer, deutsches Wesen und Wollen zu erkennen und seinen Handelsleuten zu vermitteln. Man darf sich freuen.

Mit Herriot haben wir den harmonisch und schon verlaufenen Besuch der Presseausstellung, die nach ihrer Fertigstellung noch mehr als bei der Eröffnung einen übermäßigsten Eindruck macht, hervorzuheben. Herriot hat die Presseausstellung, die nach ihrer Fertigstellung noch mehr als bei der Eröffnung einen übermäßigsten Eindruck macht, hervorzuheben. Herriot hat die Presseausstellung, die nach ihrer Fertigstellung noch mehr als bei der Eröffnung einen übermäßigsten Eindruck macht, hervorzuheben.

Daß die Berliner Presse-Verbreitung einen anderen Ton ansetzt, daß insbesondere der „Sigara“ sich in tollen Schmähschreien ergeht, belagt wenig. Niemand nimmt diese Pressepolitik ernst, sie bleibt am wenigsten. Und die französischen Staatsmänner beobachten immer wieder, daß man den deutschen Berliner Verfassungen als Ausdruck der Gesinnung des französischen Volkes betrachtet. Sie waren es nie und sind es heute weniger als je.

J. E.